

# Keine Zusatz-Gehälter für Anschober

## Karenzierung des Ex-Ministers als Landeslehrer wurde bis 2023 verlängert

VON ALEXANDER ZENS

**WIEN/LINZ.** Ehemalige Minister können nach dem Ende ihrer Tätigkeit das Gehalt noch sechs Monate zu 75 Prozent ausbezahlt bekommen – außer sie haben ein Rückkehrrecht in eine andere politische Funktion oder in einen anderen Job. Für Ex-Gesundheitsminister Rudi Anschober (Grüne) wird es diese „Gehaltsfortzahlung“ von rund 13.600 Euro brutto im Monat nicht geben. Er habe sie nicht beantragt, so Anschober zu den OÖNachrichten.

Von 1984 bis 1990 war Anschober Volksschullehrer im Bezirk Vöcklabruck. Seither ist er beim Land ohne Bezüge freigestellt und hat ein Recht auf Fortsetzung seiner Erwerbstätigkeit als Landeslehrer in Oberösterreich. Die Minister-Gehaltsfortzahlung hätte er sich sichern können, wenn er vor seinem Rücktritt vorigen Dienstag beim Land gekündigt hätte und so das Rückkehrrecht weg gewesen wäre,



Anschober trat vorige Woche zurück. (apa)

wie Werner Zögernitz vom Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen erklärt. Das sei aber „für mich grundsätzlich ausgeschlossen“ gewesen, so Anschober.

Im Gegenteil, er beantragte beim Land, seine Karenzierung bis Ende 2023 zu verlängern. Die Bildungsdirektion hat dem zugestimmt, wie im Büro von Landeshauptmann-Stv. Christine Haberlander (VP) bestätigt wird. Wieder Lehrer zu werden, sei aktuell aus gesundheitlichen

Gründen nicht möglich, so Anschober. Aber wohl auch später nicht, „weil man nach 31 Jahren Abwesenheit kein guter Lehrer sein kann“.

Wie geht es also weiter? Er müsse alles neu aufstellen – von der Sozialversicherung, um die er sich nun selbst zu kümmern hat, bis zur beruflichen Zukunft, teilt Anschober mit. Aber bevor er über die berufliche Zukunft nachdenke, „möchte ich wieder ganz fit werden“.

Wie berichtet, kündigte der 60-Jährige an, einen politischen Roman schreiben zu wollen. Wann er sich einen Pensionsantritt vorstellen kann und wie sich das nun alles auf die Pension auswirkt, lässt er offen.

Vom Land heißt es, Anschober sei empfohlen worden, sich bei der Pensionsversicherungsanstalt PVA zu erkundigen, weil für die Korridor-pension ab 62 mindestens 480 Versicherungsmonate vorliegen müssen und die Karenzzeiten nicht als Versicherungsmonate zählen. Jene als Politiker zählen schon.